

# Der Demokratievorteil und der lange Schatten autokratischer Sozialpolitik – Neue Befunde des Demokratie-Autokratie-Vergleichs

Manfred G. Schmidt

10. September 2015

## 1. Einleitung

Ihrer Selbstbeschreibung zufolge ist die Demokratie die beste aller Staatsformen. Die wissenschaftliche Variante dieser Sichtweise findet sich in der Lehre vom „Demokratievorteil“, den Fürsprecher wie Halperin et al. (2010) insbesondere darin sehen, dass die Demokratie wie keine andere Staatsverfassung Wohlstand und Frieden fördere. Mittlerweile wird die These des generellen „Demokratievorteils“ allerdings bezweifelt. Vor allem der neuere Demokratie-Autokratie-Vergleich setzt Fragezeichen hinter den Demokratievorteil. Genauere vergleichende Studien mit regimeneutralen Messlatten (anstelle von regimespezifischen Indikatoren wie beispielsweise demokratiespezifischen Messlatten), komplexeren Forschungsdesigns (wie Mehrvariablenanalysen anstelle einfacher Korrelationen zwischen der abhängigen und einer unabhängigen Variable) und exaktere Erkundungen der Unterschiede unter den Demokratien und unter den Autokratien haben auf Licht *und* Schatten in den Demokratien und den Autokratien aufmerksam gemacht.<sup>1</sup> In beiden Regimen gibt es schwarze und weiße Schafe, vergleichsweise erfolgreiche und relativ erfolglose Staaten. Überdies existieren bemerkenswerte Unterschiede je nach Politikfeld. Strittig ist beispielsweise die These, dass die Demokratien den Autokratien beim Wirtschaftswachstum überlegen seien. Und strittig ist die Lehre, um nur ein weiteres Beispiel zu nennen, wonach die Demokratien auch in der Finanzpolitik generell seriöser und sparsamer wirtschaften als alle Autokratien.

Ein anderes Politikfeld wird aber in der Regel als eindeutiger Beleg für die These des Demokratievorteils gewertet: die Sozialpolitik.<sup>2</sup> Dafür spricht in der Tat manches, wie weiter unten gezeigt wird. Doch selbst in der Sozialpolitik, dem Flaggschiff der Lehre vom Demokratievorteil, sind die tiefen Spuren und der lange Schatten der autokratischen Sozialpolitik nicht zu übersehen. Davon handelt der zweite Abschnitt

---

<sup>1</sup> Mit weiteren Nachweisen Croissant/Wurster 2013; Croissant et al 2014; Schmidt 2013; Wurster 2011; 2013, Wurster et l. 2015.

<sup>2</sup> Mit weiteren Nachweisen Haggard/Kaufmann 2008, S. 365-370; McGuire 2010; Huber/Stephens 2011; Norris 2012; 135-163; Schmidt 2013.

dieses Essays. Auf ihn folgt der genauere Vergleich der Sozialpolitik von Autokratien und Demokratien anhand neuerer Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO 2011, 2014).

## **2. Der lange Schatten autokratischer Sozialpolitik**

### **2.1 Vordemokratische Wurzeln der Sozialpolitik**

Die Sozialpolitik ist vor allem in den wirtschaftlich wohlhabenden Demokratien des Westens zur Blüte gelangt (Castles et al. 2010). Ihre Wurzeln aber sind viel älter (Stolleis 2013). Sie reichen in vordemokratische Perioden zurück. Zu den ursprünglichen Motiven der Sozialpolitik gehören sowohl die gottgefällige Wohltätigkeit zugunsten von Mühseligen und Beladenen als auch machtpolitische Kalküle: Die Förderung der Wohlfahrt durch den Staat dient auch zur politischen Stabilisierung und – je nach Umständen – zur Revolutionsverhütung. Lorenz von Stein (1815-1890) hat diesen Zusammenhang besonders eindrücklich beschrieben (von Stein 1972). Für ihn war vor allem der sozialpolitische Staatseingriff ein unverzichtbares Instrument der Revolutionsverhinderung. Nur er könnte die durch Industrialisierung und Klassenspaltung anschwellenden sozialrevolutionären Bestrebungen zurückdrängen. Der Träger des sozialpolitischen Staatseingriffes müsste freilich stark und unabhängig genug sein, um als Regulator des Klassenkonflikts handeln zu können. Diese Funktion erfülle am besten ein aufgeklärt-absolutistisches soziales Königtum.

Von den autokratischen Wurzeln der Sozialpolitik zeugt auch die Geschichte der Sozialgesetzgebungen. Die Pionierstaaten der Sozialgesetzgebung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts waren nicht Demokratien, sondern autokratische oder semiautokratische Regime, allen voran das Deutsche Reich von 1871 und die österreichisch-ungarische Donaumonarchie. In beiden Ländern wurde die landesweite Sozialgesetzgebung früher als andernorts auf den Weg gebracht (Flora/Alber/Kohl 1977). Im Deutschen Reich von 1871 hatte eine sozialkonservative Regierung den Übergang von der staatlichen Sozialpolitik für wenige – vor allem für Beamte und Militärs – zur Sozialpolitik für die vielen noch in den 1880er Jahren gewagt. Jens Alber deutete diesen Vorgang in seiner bahnbrechenden Studie *Vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat* als „Sozialpolitik von oben“ und als sozialdefensive Legitimierungsstrategie älterer nationaler Eliten, die die Arbeiterschaft an den monarchischen Staat binden sollte (Alber 1982: 149f.). Hinzu kamen allerdings auch andere politische Motive: Mit der Sozialpolitik von oben sollten die Position des Reichs im Staatsgefüge Deutschlands gefestigt, das Parlament in Schach gehalten und die Staatsstrukturen an die neuen politischen Herausforderungen angepasst werden (Wehler 1995).

In der österreichisch-ungarischen Donaumonarchie, einem weiteren Pionierstaat der Sozialgesetzgebung (Tálos 1981), stand die Sozialpolitik unter anderen Vorzeichen als in Deutschland. Hans Rosenberg, ein Begründer der sozialhistorischen Schule, hat dies in seiner wegweisenden Studie *Große Depression und Bismarckzeit* gezeigt (Rosenberg 1965). Im Deutschen Reich hatte eine konservative, protestantische Führung sich für den frühen Einstieg in die Sozialgesetzgebung entschieden. In der Donaumonarchie hingegen wurde die Sozialgesetzgebung von einer Führungsschicht auf den Weg gebracht, die vom sozialkonservativen politischen Katholizismus geprägt war. Im Unterschied zur deutschen Sozialpolitik schloss die Sozialpolitik der Donaumonarchie den Arbeitsschutz und Gesetze zum Schutz des Kleingewerbes ein. Und während Deutschlands politische Führung auf die Industrialisierung und den Aufstieg der Arbeiterbewegung antiliberal und antisozialistisch reagierte, fiel die Reaktion in der Donaumonarchie nicht nur antiliberal und antisozialistisch aus, sondern auch antisemitisch und antikapitalistisch. Deutschlands Architekten der neuen Sozialpolitik wollten das Rad der Geschichte nicht rückwärts drehen, sondern vorwärts. In der Donaumonarchie hingegen strebte die politische Führung teils vorwärts, teils rückwärts, und zwar in Richtung eines modifizierten Ständesystems. Hierfür kombinierte die Regierung ihre Sozialversicherungspolitik mit fortschrittlichen Gewerbeordnungen zum Schutz der Arbeiter in den gewerblichen Mittel- und Großbetrieben und einer rückschrittlichen Schutzgesetzgebung für die Handwerksmeister und die kleinen Ladenbesitzer. Die Doppelpoligkeit dieser Gesetzgebung war beabsichtigt. Die Sozialgesetzgebung sollte das liberale deutsch-jüdische Großbürgertum in seiner Bewegungsfreiheit als Unternehmer und Arbeitgeber einschränken und die Expansion des Industriekapitalismus dämpfen. Zugleich diente die Sozialschutzgesetzgebung dazu, die Handwerksmeister und die Kleinladenbesitzer gegen die als unlautere Konkurrenz gewertete Macht des größeren Kapitals zu schützen. Schlussendlich wollten die Regierenden in der Donaumonarchie das Industrieproletariat von sozialradikaler Programmatik und Teilhabe am Klassenkampf fernhalten oder es davon entfremden und für den „christlichen Ständestaat“ aristokratischer Ausrichtung gewinnen (Rosenberg 1965: 251).

Die Sozialpolitiken im kaiserlichen Deutschland und der Donaumonarchie sind keine Einzelfälle, sondern Teil eines größeren Musters. Nicht nur Deutschland und die Donaumonarchie führten ihr erstes nationales Sozialgesetz (und die meisten nachfolgenden Sozialgesetze) früh und auf einem relativ niedrigen Stand wirtschaftlicher Entwicklung ein, sondern auch etliche andere Autokratien, unter ihnen Argentinien, Chile und Uruguay (Mesa-Lago 1978, 1985). Die Demokratien hingegen folgten meist später. Und etliche Demokratien bauten ihre sozialen Sicherungssysteme erst auf einem weit höheren Stand der ökonomischen Entwicklung auf – allen voran die USA (Obinger/Wagschal 2000; Kuhnle/Sander 2010).

## 2.2 „Militärische Sozialpolitik“ und „sozialistische Wohlfahrtsstaaten“

Autokratische Sozialpolitiken sind nicht auf die Anfänge der Sozialgesetzgebung im Deutschen Reich von 1871 und in der Donaumonarchie beschränkt. Auch enden sie nicht mit der „militärischen Sozialpolitik“ (Abelshauer 1987: 15), die in Deutschland während des Ersten Weltkrieges entstand. Die „militärische Sozialpolitik“ sollte nicht nur „die Solidarität unter der deutschen Bevölkerung angesichts der gemeinsamen Notlage (...) stärken und dem ‚Faktor Arbeit‘ das Äußerste an produktiver Wirksamkeit“ abgewinnen. Noch wichtiger war, dass nahezu alle sozial- und arbeitsrechtlichen Errungenschaften der Weimarer Republik, soweit sie in den Jahren von 1918 bis 1920 Gesetzeskraft erlangten, sich auf die „militärische Sozialpolitik“ der Kriegszeit zurückführen ließen.<sup>3</sup>

Vom sozialpolitischen Aktivismus in Autokratien legen zudem die Geschicke des „sozialistischen Wohlfahrtsstaates“ (Haggard/Kaufmann 2008, S. 305 ff., Castles 1986, Schmidt/Ritter 2013) in Mittel- und Osteuropa Zeugnis ab. In der Sowjetunion eilte die Sozialpolitik dem ökonomischen Entwicklungsstand sogar noch weiter voraus als in Deutschland und Österreich: Die sowjetischen Systeme der sozialen Sicherung wurden auf einem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung eingeführt, der noch niedriger war als der des Deutschen Reichs und der Donaumonarchie im Jahr der Erstsozialgesetzgebung.<sup>4</sup> Hinzu kam ein auffälliges beschäftigungspolitisches Profil der sozialistischen Wohlfahrtsstaaten: Das „Recht auf Arbeit“ wurde weitgehend realisiert – ablesbar an den hohen Erwerbsquoten von Männern und Frauen und der faktischen Garantie eines Arbeitsplatzes für den Großteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter. Hierdurch hatten die sozialistischen Wohlfahrtsstaaten einen beschäftigungspolitischen Vorteil gegenüber den Demokratien gewonnen. Denn in den meisten Demokratien blieb eine relativ hohe Arbeitslosenquote die Achillesferse der Sozial- und der Wirtschaftspolitik (Dümig 2015).

Allerdings war für die Beschäftigungspolitik der sozialistischen Länder ein hoher Preis zu entrichten: Die Vollbeschäftigung wirkte zusammen mit der „weichen Budgetschränke“ (Kornai 1986) und dem technologischen Rückstand ihrer Wirtschaft wie ein Fluch. Die erhoffte wechselseitige Stärkung von Wirtschafts- und

---

<sup>3</sup> „Die Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeitnehmer, ihre völlige Koalitionsfreiheit, die Einführung von Mitbestimmungsrechten im Rahmen von Arbeiterausschüssen und Schlichtungseinrichtungen, die Anerkennung des Tarifvertrages als zentrales Institut der Lohnpolitik, die Regulierung des Arbeitsmarktes, der Ausbau neuer Formen der Erwerbslosenunterstützung und des Arbeitsschutzes, die Ausdehnung des Mutterschutzes, Verbesserungen im Mietrecht, die Bewirtschaftung des Wohnraums – alles alte Forderungen der Arbeiterbewegung, die nun mit kräftiger Förderung durch die Militärs verwirklicht oder wenigstens im Ansatz aufgegriffen werden (Abelshauer 1987: 15 f.)

<sup>4</sup> Berechnet auf der Basis von Maddison (1995), S. 200 f., Maddison (2001) und Kuhnle/ Sander (2010), S. 71-74.

Sozialpolitik, die vielbeschworene „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, wie es in der DDR in der Ära Honecker hieß, rückte in immer weitere Ferne (Schmidt/Ritter 2013, Bundesministerium für Arbeit und Soziales/Bundesarchiv 2008). Stattdessen verstrickten sich die sozialistischen Staaten mehr und mehr in den Zielkonflikt zwischen ehrgeiziger Sozial- und Beschäftigungspolitik einerseits und gesamtwirtschaftlicher sowie betrieblicher Leistungskraft andererseits. Dafür war vielerlei verantwortlich, unter anderem ungeplante Nebenwirkungen des „Rechts auf Arbeit“: Die Beschäftigung nahezu aller Arbeitssuchender ging mit der Überbesetzung vieler Arbeitsplätze und mit anhaltend niedriger Produktivität einher. Die weitgehende Realisierung des „Rechts auf Arbeit“ und eine nivellierende, leistungsunfreundliche Lohnpolitik förderten zudem eine laxen Arbeitsmoral der „Werkstätigen“. Noch fataler war, dass der Plan der politischen Führungen in den sozialistischen Staaten, mit dem „Recht auf Arbeit“ als Kern der Sozialpolitik ihre strukturelle Legitimitätslücke zu schließen, fehlschlug. Die „Werkstätigen“ werteten vielmehr das „Recht auf Arbeit“ größtenteils als selbstverständlichen Teil eines gerechten Lohns, der ihnen auch ohne Leistungserhöhung zustehe. Obendrein neutralisierte die weitverbreitete Unzufriedenheit mit anderen Mängeln der Sozialpolitik, insbesondere den niedrigen Altersrenten und Missständen im Gesundheits- und im Wohnungswesen, die verbleibenden Legitimierungswirkungen des „Rechts auf Arbeit“<sup>5</sup>.

Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Weltanschauungsdiktaturen in Mittel- und Osteuropa ist von ihrer Vollbeschäftigungspolitik nichts übriggeblieben. Ihre Spuren waren durch die Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft und von der Autokratie zur Demokratie beseitigt worden. Andere Spuren der sozialistischen Wohlfahrtsstaaten sind bis heute sichtbar geblieben. Zu ihnen gehören allein schon die hohen Sozialleistungsquoten und die Größe der Zielgruppen der sozialen Sicherungssysteme: Beide sind in den postkommunistischen Ländern auch aufgrund ihres vom sozialistischen Wohlfahrtsstaat geprägten Politik-Erbes überdurchschnittlich groß (Kuitto 2015, siehe Kapitel 3).

Auch die autokratischen Anfänge der Sozialgesetzgebung in den Pionierstaaten der Sozialpolitik haben bis heute Spuren hinterlassen. Das zeigt allein schon die Einstufung der modernen Wohlfahrtsstaaten mit starken Sozialversicherungen als „Bismarcksysteme“ (Esping-Andersen 1990; Palier 2010). Andere Eigenheiten der autokratischen Sozialpolitik sind allerdings verschwunden. Verschwunden sind die sozialpolitischen Charakteristika des NS-Staates, wie dessen autoritäre Arbeitsverfassung und die „rassistische Komponente“ (Stolleis 2003, S. 184), die vor allem in der Bevölkerungs-, der Familien- und der Fürsorgepolitik im Deutschland der Jahre von 1933 bis 1945 zum Zuge gekommen war. Verschwunden sind auch die Besonderheiten der autokratischen Sozialpolitik in der DDR (Schmidt und Ritter

---

<sup>5</sup> Bouvier 2012; Schmidt/Ritter 2013.

2013), wie die zahlreichen Sonder- und Zusatzversorgungssysteme für politisch besonders wichtige Gruppen und der Einsatz der Sozialpolitik als Repressionsinstrument – beispielsweise durch Entzug von Sozialleistungen für Gruppen, die als Gegner des autokratischen Regimes gebrandmarkt wurden (Lohmann 1996: 125; Maydell et al. 1996).

### **3. Sozialpolitik im 21. Jahrhundert: Demokratien und Autokratien im Vergleich**

Nicht wenige Autokratien haben bis heute erhebliche sozialpolitische Anstrengungen unternommen: „Autocrats use social policy programs (...) to direct resources to their winning coalitions“, so fassten Knutsen/Rasmussen (2014: 27) ihre Studien zum „autokratischen Wohlfahrtsstaat“ zusammen und erklärten den Befund hauptsächlich mit der Selektoratstheorie (Bueno de Mesquita et al. 2003): Sozialpolitisch besonders aktiv seien Autokratien mit einem relativ großen Selektorat und größeren Gewinnerkoalitionen – und Autokratien vom Typ der Einparteienherrschaft.

Doch wie sind die sozialpolitischen Weichenstellungen der Autokratien im Vergleich zu denen der Demokratien beschaffen? Diese Frage wird im Folgenden mit drei Narrativen beantwortet, die auf deskriptiven Statistiken und statistisch signifikanten multivariaten Regressionen beruhen. Das erste Narrativ handelt von zwei sozialpolitisch besonders engagierten Regimen: das sind die intakten Demokratien und – mit erheblichem Abstand – die sozialistischen und postkommunistischen Wohlfahrtsstaaten. Das zweite Narrativ relativiert den Regimeeffekt: Es gebe etwas Stärkeres als Regimewirkungen – nämlich sozio-ökonomische Kräfte. Ein drittes Narrativ verknüpft die Lehre von den großen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Kräften mit dem demographischen Wandel und dem Politik-Erbe und taxiert die Demokratie- und Autokratiewirkungen als spürbar, aber begrenzt.

#### **3.1 Das erste Narrativ: Demokratievorteil und der lange Schatten des sozialistischen Wohlfahrtsstaates**

Viele Befunde aus dem internationalen Vergleich der Sozialpolitik in den letzten fünf bis sechs Jahrzehnten deuten auf Vorteile für die Demokratien hin. Belege für diese These finden sich auch in älteren und neueren Daten des International Labour Office zu den sozialen Sicherungssystemen der Gegenwart (ILO 1976; ILO 2011; ILO 2014, Schmidt 2005, S. 241-244). Als besonders aussagekräftiger Indikator entpuppt sich dabei der Anteil der öffentlichen Sozialausgaben am Sozialprodukt, die Sozialleistungsquote: Sie korreliert mit vielen anderen Leistungsprofilen der

Sozialpolitik, mit der Zahl und der sozialen Reichweite der Sicherungssysteme beispielsweise, der Höhe der Pro-Kopf-Sozialleistungen oder der Existenz einer liberalen Arbeitsverfassung (Datenbasis: ILO 2014).<sup>6</sup>

Die durchschnittliche Sozialleistungsquote aller Demokratien<sup>7</sup> liegt, den neuesten international vergleichbaren Daten zufolge (ILO 2014), bei 13,2 Prozent des Sozialproduktes (ILO 2014, S. 297-305, Datenstand 2010/11). Die durchschnittliche Sozialleistungsquote der Demokratien ist beinahe dreimal so hoch wie die durchschnittliche Sozialleistungsquote aller Autokratien, die 5,9 Prozent beträgt (siehe Tabelle 1). Noch größer wird die Differenz zwischen Demokratien und Autokratien, wenn man die Sozialausgaben in Pro-Kopf-Ausgaben umrechnet.<sup>8</sup>

Allerdings verdecken die Mittelwerte der Sozialleistungsquoten sowohl große Unterschiede unter den Demokratien als auch im Kreis der Autokratien. Der fundamentale Unterschied zwischen „defekten Demokratien“ (im Sinne von Merkel et al. 2003 und 2006) und „nicht defekten“ (oder „intakten“) Demokratien hinterlässt auch in der Sozialpolitik tiefe Spuren. Denn sozialpolitisch besonders stark engagiert sind nur die intakten Demokratien, nicht die defekten Demokratien:<sup>9</sup> So ist die durchschnittliche Sozialleistungsquote der intakten Demokratien mit 16,9 Prozent mehr als doppelt als die der defekten Demokratien (7,6 Prozent, Datenstand 2011). In etlichen intakten Demokratien reicht die Sozialleistungsquote laut ILO-Zahlen sogar über die 25 Prozent-Marke hinaus. Das ist insbesondere in jenen westeuropäischen Ländern der Fall, die zum Kreis der langjährigen und wirtschaftlich entwickelten Demokratien zählen, unter ihnen Deutschland, Frankreich, Italien und Schweden.

Die Sozialbudgets der meisten Autokratien sind nicht nur niedriger als die der meisten Demokratien, sie variieren auch weniger stark. Und überraschenderweise unterscheiden sich die Sozialleistungsquoten der elektoralen Autokratien mit 5,6 Prozent im Durchschnitt kaum von denen der nichtelektoralen Autokratien (5,4 Prozent). In einer Gruppe der Autokratien sind die Sozialbudgets allerdings erheblich größer: In den postkommunistischen Autokratien, zu denen etliche

---

<sup>6</sup> Vgl. als ein Beleg für viele andere: Die Sozialleistungsquote laut ILO (2014), S. 297 ff. korreliert mit dem ILO-Indikator der Anzahl der in nationaler Gesetzgebung verankerten Sicherungssysteme (ILO 2014, Tabelle B.2) in der Größenordnung hochgradig signifikant:  $r = 0,62$  ( $N = 161$ ).

<sup>7</sup> „Demokratien“ meint hier die Gesamtheit aller intakten (im Sinne von nicht defekten) Demokratien (Schmidt 2016) und aller defekten und stark defekten Volksherrschaftsregime (im Sinne des Bertelsmann Transformation Index (BTI) (Bertelsmann Stiftung 2012, 2014)). Dr. Peter Thiery danke ich für die Unterstützung bei der Datenbeschaffung.

<sup>8</sup> So steht beispielsweise den hohen durchschnittlichen Pro-Kopf-Sozialausgaben in den intakten Demokratien – 4967 Euro – eine niedrige Durchschnittszahl aller Autokratien – 814 Euro – gegenüber (Datenstand 2011).

<sup>9</sup> Die defekten Demokratien werden im Folgenden anhand des BTI laut Bertelsmann Stiftung (2012) gemessen. Als intakte Demokratien gelten die Demokratien im Sinne des BTI, der allerdings die etablierten, intakten Demokratien nicht berücksichtigt, und diejenigen Staaten, die auf der Political-Rights- und der Civil-Liberties-Skala von Freedom House (Puddington 2012, S. 79 f.) Werte von 1 oder 2 (und bei Durchschnitten über mehrere Jahre Werte bis zu 2,5) erreichen (Schmidt 2016).

Nachfolgestaaten der Sowjetunion zählen,<sup>10</sup> beläuft sich die durchschnittliche Sozialleistungsquote auf 9,0 Prozent.<sup>11</sup> Sie übertrifft somit sogar die mittlere Sozialleistungsquote der defekten Demokratien. Aus dem Kreis der wenigen übrig gebliebenen sozialistischen Systeme schließlich ragt Kubas Sozialleistungsquote von 22,8 Prozent weit über alle anderen Autokratien hinaus, wohingegen Chinas Sozialleistungsquote von 5,2 Prozent – auch relativ zur Wirtschaftskraft des Landes – unterdurchschnittlich ist.

Nicht nur die Höhe der Sozialbudgets kündigt vom Vorsprung der Demokratien, sondern auch die Veränderung der Sozialleistungsquote im Zeitverlauf: Die Sozialleistungsquoten der meisten Demokratien expandierten sowohl vor 1990 als auch seither erheblich stärker als die der Autokratien (siehe Tabelle 1). Gleiches zeigt der Demokratie-Autokratie-Vergleich für die Veränderung der Sozialbudgets 2005 und 2011, mithin zwei Jahre vor und vier Jahre nach dem Ausbruch der weltweiten Finanzmarktkrise von 2007 (Datenbasis ILO 2014: 297-305). Erneut springen große Intragruppenunterschiede ins Auge: Am stärksten expandierten die Sozialbudgets vor allem in den intakten Demokratien<sup>12</sup> und – mit deutlichem Abstand – in den postkommunistischen Autokratien.

Regimeeffekte kennzeichnen sowohl die System der sozialen Sicherung als auch die sozialpolitische Regulierung der Arbeitswelt. Mehr oder minder liberale Arbeitsverfassungen mit mehr oder minder großer Koalitionsfreiheit sind größtenteils ein exklusives Zeichen der intakten Demokratien. Die Arbeitsverfassungen in den Autokratien hingegen pendeln zwischen harter Unterdrückung und weicher, durch Inkorporierung untermauerter Repression (Hachtmann 1998; Hague/Harrop 2013, S. 65 f.; Tálos 2013). Die Existenz von Arbeitslosenversicherungen stützt ebenfalls die These des Demokratievorteils (Datenbasis ILO 2014). Nur in intakten Demokratien mit einer weit ausgebauten Sozialpolitik erfasst die Arbeitslosenversicherung den Großteil der abhängig Beschäftigten. In den defekten Demokratien ist dies nicht die Regel.

---

<sup>10</sup> Die von ILO (2014), S. 297 ff. erfassten postkommunistischen Autokratien (im Sinne des BTI laut Bertelsmann Stiftung 2012) sind mit Datenstand von 2011 Armenien, Aserbeidschan, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kasachstan, Tadschikistan, Usbekistan und Weißrussland. Die Russische Föderation wurde 2011 vom BTI (Bertelsmann Stiftung 2012) noch als defekte Demokratie eingestuft, so auch im vorliegenden Essay, 2 Jahre später hingegen als moderate Autokratie (Bertelsmann Stiftung 2014)

<sup>11</sup> Überdurchschnittliche hohe Sozialleistungsquoten zeigen sich im Übrigen auch im Durchschnitt aller postkommunistischen Staaten, siehe Tabelle 1 und die vergleichende Analyse der postkommunistischen Wohlfahrtsstaaten von Kuitto 2015.

<sup>12</sup> Durchschnitt: +1,5 Prozentpunkte – im Unterschied zu den elektoralen und den nichtelektoralen Autokratien, die jeweils (und in der Summe) nur +0,3 Prozentpunkte zulegten.



Tabelle 1:  
Sozialleistungsquoten in Demokratien und Autokratien

	Sozialleistungsquote in % BIP 2011/ 2010	Fallzahl	Pro-Kopf-Sozialausgaben 2011/2010	Veränderung der Sozialleistungsquote seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ (Prozentpunktdifferenz 2011 vs. 1990)	Fallzahl
<b>1. DEMOKRATIEN</b>					
Alle Demokratien	13,2	111		+3,6	75
Intakte Demokratien	16,9	67		+4,0	51
Defekte und stark defekte Demokratien	7,6	44		+2,5	24
<b>2. AUTOKRATIEN (BTI-Daten)</b>					
Alle Autokratien (im Sinne der BTI-hardliner + moderaten Autokratien)	5,9	48		-	-
Moderate Autokratien	5,6	22		-	-
Hardliner Autokratien	6,1	26		-	-
<b>3. AUTOKRATIEN (ELEKTORALE UND NICHELEKTORALE VARIANTEN)</b>					
Alle Autokratien (elektorale und nicht-elektorale im Sinne von Schedler 2013)	5,5	66		+2,0	67
Elektorale Autokratien	5,6	46		+2,3	54
Nichtelektorale Autokratien	5,4	20		+1,3	13
- davon: sozialistische Autokratien	12,0	3		+3,9	3
<b>4. POSTKOMMUNISTISCHE STAATEN</b>					
Postkommunistische Autokratien	9,0	8		+1,9	7
Alle postkommunistischen Staaten	15,7	27		+1,7	23

Quellen: Sozialleistungsquoten in % BIP 2010/11 (ILO 2014: 297 ff.).

Im Falle des Querschnitts von 2011 werden die Demokratien und Autokratien jeweils zum Datenstand von 2011 gemessen.

Bei der Längsschnittanalyse werden die Durchschnittswerte der Demokratie- und Autokratiemessungen im Zeitraum von 1990 bis 2011 verwendet. „Elektorale Autokratien“ werden in Anlehnung an Schedler (2013) als jene Länder definiert, die von 1990 bis 2011 eindeutig oder überwiegend durch jährlich erhobene Political-Rights-Skalenwerte von mindestens 4 und höchstens 6 sowie durch Parlamentswahlen charakterisiert sind. „Nichtelektorale Autokratien“ sind sonstige Autokratien.

Als „Demokratien“ gelten von 1990 bis 2011 all jene Länder, die in diesem Zeitraum weder nichtelektorale noch elektorale Autokratien waren. „Intakte Demokratien“ sind jene Demokratien, die auf der Political Rights-Skala von 1991 bis 2011 jahresdurchschnittlich Werte von gleich groß oder kleiner als 2,0 erzielten. Als „defekte Demokratien“ werden hier pragmatisch jene Demokratien definiert, die diese Bedingung nicht erfüllen.

### **3.2 Das zweite Narrativ: die sozio-ökonomische Schule und Regimeeffekte in der Sozialpolitik**

Wo die Lehre vom Demokratievorteil in der Sozialpolitik klare Regimewirkungen nachweisen will, sieht eine alternative Sichtweise – die sozioökonomische Theorie der Staatstätigkeitsforschung – hauptsächlich gesellschaftliche und wirtschaftlichen Strukturen und Prozesse am Werke (Wilensky 1975, Obinger/Obinger-Gindulis 2013). Dieser Theorie zufolge ist der Vorteil für die Demokratien in der Sozialpolitik größtenteils ihrem insgesamt höheren wirtschaftlichen Entwicklungsstand und ihrer weiter vorangeschrittenen Alterung der Bevölkerung zuzuschreiben. Der Zusammenhang zwischen den sozioökonomischen Größen und den Sozialausgaben ist hochsignifikant: Je höher (niedriger) der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes, desto tendenziell höher (niedriger) ist die Sozialleistungsquote (Korrelationskoeffizient  $r = 0,44$ ;  $N = 173$ , Beobachtungszeitpunkt 2011). Analoges gilt für den demographischen Wandel: Je höher (niedriger) der Bevölkerungsanteil der mindestens 65-Jährigen, desto tendenziell höher (niedriger) ist die Sozialleistungsquote (Korrelationskoeffizient  $r = 0,87$ ;  $N = 171$ , Datenstand 2011).

Wird das sozio-ökonomische Erklärungsmodell um Regimevariablen ergänzt, werden zudem überzufällige Demokratie- bzw. Autokratieeffekte sichtbar. Der Tabelle 2 zufolge ist die nach ILO-Kriterien ermittelte Sozialleistungsquote in 173 Ländern umso höher (niedriger), je höher (niedriger) der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und je mehr (weniger) der Staat demokratisch verfasst ist.

Noch aufschlussreicher für die Autokratieforschung sind die in der Tabelle 3 zusammengestellten Ergebnisse einer Mehrvariablenanalyse, die zusätzlich zum ökonomischen Entwicklungsstand über die Erklärungskraft verschiedener Autokratietypen informiert.

Tabelle 2:  
Stand wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie-Autokratie-Indikator als  
Determinanten der Sozialausgaben

Abhängige Variable: Öffentliche Sozialausgaben (% BIP) 2010/2011	Unstandardisierter Regressionskoeffizient
Interzept	14,6 ***
Bruttonationaleinkommen (KKP) (in 1000) pro Kopf 2011	0,14 ***
Demokratie-Autokratie-Indikator (1990-2011) (Basis: jahresdurchschnittliche Summe der Political Rights- und der Civil Liberties-Skalenwerte)	-1,97 ***
R <sup>2</sup> (adjustiert)	0,45
N	166

Quellen: Abhängige Variable: Sozialleistungsquote in Prozent des BIP 2010/2011 (ILO 2014, table B.12). Unabhängige Variablen: Bruttonationaleinkommen (Kaufkraftparitäten) in Prozent des BIP 2011: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 2014, S. 194-197; Schätzung für Nordkorea nach Norris (2012), S. 13. Demokratie-autokratie-Indikator: Berechnet aus den Jahresberichten von Freedom House (Freedom in the World. The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties) für alle Jahre von 1991 bis 2011).  
Signifikanz: \*\*\* = 0,001, \*\* = 0,01, \* = 0,05.

Tabelle 3:  
Stand wirtschaftlicher Entwicklung und Autokratietypen als Determinanten der  
Sozialausgaben

Abhängige Variable: Öffentliche Sozialausgaben (% BIP) 2010/2011	Unstandardisierter Regressionskoeffizient
Interzept	9,76 ***
Bruttonationaleinkommen (KKP) (in 1000) pro Kopf 2011	0,17 ***
Elektorale Autokratie (1990-2011)	-6,12 ***
Nichteletorale Autokratie (1990-2011)	-9,78 ***
Postkommunistische und sozialistische Wohlfahrtsstaaten (Dummy-Variable)	6,84 ***
R <sup>2</sup> (adjustiert)	0,48
N	172

Quellen: Abhängige Variable: Sozialleistungsquote in Prozent BIP 2010/2011 (ILO 2014, Tabelle B.12). Unabhängige Variablen: Bruttonationaleinkommen (Kaufkraftparitäten) in Prozent des BIP 2011: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (2014), S. 194-197; Schätzung für Nordkorea nach Norris (2012), S. 13. Elektorale Autokratien sind im Zeitraum von 1990 bis 2011 ausschließlich oder überwiegend elektoral-autokratische Länder im Wesentlichen im Sinne von Schedler (2013). Datenbasis: Berechnet aus den Jahresberichten von Freedom House (Freedom in the World. The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties) für alle Jahre von 1990 bis 2011.  
Signifikanz: \*\*\* = 0,001, \*\* = 0,01, \* = 0,05.

Der Tabelle 3 zufolge wirken zwei von drei Autokratietypen regressiv: Sie senken das Niveau der Sozialleistungsquoten auf einen niedrigeren Stand. Niveausenkend fungieren erstens nicht-elektoralen Autokratien, zu denen auch die „Hardliner-Autokratien“ (Bertelsmann Stiftung 2014, S. 25) wie Saudi-Arabien und andere erdölexportierende Staaten des Mittleren und Nahen Ostens gehören. Und niveausenkend wirken zweitens die „elektoralen Autokratien“ (im Sinne von Schedler 2013). Das überrascht, weil man von Autokraten, die in Wahlkämpfe verstrickt sind, mehr sozialpolitisches Umwerben der Wähler erwarten könnte.

Zugunsten der Sozialpolitik wirkt allerdings der lange Schatten der sozialistischen Autokratien. Ihn erfasst eine Dummy-Variable, die postkommunistische und gegenwärtig existierende sozialistische Länder repräsentiert. Ihr zufolge hat die Politik in den Ländern, die im Schatten autokratischer Sozialpolitik stehen, die Sozialbudgets weiter aufgestockt als in anderen Autokratien: Die Sozialleistungsquote der postkommunistischen und der sozialistischen Länder – unter ihnen China<sup>13</sup> – ist unter sonst gleichen Bedingungen um knapp 7 Prozentpunkte höher, so die Schätzung der Regressionsanalyse. Allerdings ist der Effekt des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes ebenfalls zu bedenken: Die Höhe der Sozialleistungsquote hängt nicht nur mit den Autokratietypen zusammen; bestimmt wird sie auch vom Stand der ökonomischen Entwicklung: Je höher (niedriger) der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, desto höher (niedriger) die Sozialleistungsquote.

Spätestens an dieser Stelle wird deutlich, dass die Wirkung der Autokratien auf die Sozialausgaben sich weder allein noch vorrangig durch die Selektoratstheorie erklären, so wie das Knutsen und Rasmussen (2014) im Anschluss an Bueno de Mesquita et al. (2003) versucht haben. Gewiss besteht ein Zusammenhang zwischen der Größe der Gewinnerkoalitionen und des Selektorats auf der einen und den Sozialausgaben auf der anderen Seite. Allerdings ist dieser Zusammenhang nicht sonderlich eng. Doch passt die Selektoratstheorie gar nicht gut auf die Sozialpolitik der kommunistischen Staaten und ihre Nachwirkungen in den postkommunistischen Ländern. Deren sozialpolitische Aktivität wird am ehesten greifbar, wenn man den spezifischen Typus dieser Länder genauer benennt als dies in der modernen Autokratieforschung und ihren Typologien beispielsweise bei Wahmann et al. (2013) erfasst wird: Hier sind Weltanschauungsdiktaturen – Ideokratien (Backes/Kailitz 2014) – und die Nachschwingeffekte dieser Diktaturen am Werke (Inglot 2008; Saxonberg 2014), in denen die Politik mit dem Anspruch auftrat, die Wirtschaft und die Gesellschaft imperativ zu steuern und Marktkräfte auszuschalten.

---

<sup>13</sup> OECD 2012, S. 21-22; Li 2012.

### **3.3 Das dritte Narrativ: Politik-Erbe, Alterung der Gesellschaft und Demokratie- bzw. Autokratieeffekte begrenzter Art**

Die Sozialbudgets in reichen und armen Demokratien und Autokratien passen schließlich zu einem dritten Narrativ: In dieser Erzählung spielen das Politik-Erbe und der demographische Wandel die Hauptrollen. Diesem Narrativ zufolge ist der Spielraum der Politik in der Gegenwart viel stärker beschränkt als in den ersten beiden Erzählungen, und zwar insbesondere durch das Gewicht des Politik-Erbes und der Alterung der Bevölkerung: Demnach ist ein Land mit einer jungen Bevölkerung und einer langsam zunehmenden Alterung sozialpolitisch weit weniger gefordert als ein Staat mit einer hohen und weiter zunehmenden Seniorenquote. Und wenn zum Politik-Erbe eine weit ausgebaute Sozialpolitik gehört, kann die Politik in der Gegenwart den Ausbau weiter fortsetzen, sofern sie nicht durch „catch up“-Prozesse, durch Aufholen der Staaten mit einem kleineren Sozialpolitik-Erbe, eingeholt wird.

Die Daten zur Entwicklung der Sozialpolitik seit 1990 stützen einen Großteil dieser Vermutungen. Darüber informiert die Tabelle 4. Ihr zufolge hängt die Höhe der Sozialleistungsquote von 2011 hauptsächlich von drei Bestimmungsfaktoren ab. An erster Stelle kommt das Politik-Erbe. Es wirkt direkt und positiv, und zwar mit sehr großer Wucht: Je höher (niedriger) die Sozialleistungsquote im Jahre 1990, desto höher (niedriger) die Quote von 2011. Hohe Durchschlagskraft hat zudem die Alterung der Bevölkerung. Allein ein Anstieg der Seniorenquote um einen Prozentpunkt lässt die Sozialleistungsquote um einen halben Prozentpunkt steigen. Statistisch signifikant ist auch der Demokratie-Autokratie-Indikator, der hier anhand der Political Rights-Skala von Freedom House geschätzt wird: je demokratischer ein Land, desto tendenziell höher die Sozialleistungsquote und je autokratischer ein Regime, desto tendenziell niedriger die Sozialleistungsquote. Allerdings hat der Regimeeffekt kein allzu großes absolutes Gewicht, wie sich am unstandardisierten Regressionskoeffizienten ablesen lässt. Der Unterschied zwischen der Sozialleistungsquote einer vollständig intakten Demokratie und einer „Hardliner“-Autokratie wird auf rund drei Prozentpunkte geschätzt.

Tabelle 4:  
 Sozialausgaben, Politik-Erbe, demographischer Wandel und politisches Regime in  
 130 Staaten (1991-2011)

Abhängige Variable: Öffentliche Sozialausgaben (% BIP) 2010/2011	Unstandardisierter Regressionskoeffizient
Interzept	4,07***
Politik-Erbe: Sozialleistungsquote 1990	0,92***
Alterung der Bevölkerung (Seniorenquote 2011 minus Seniorenquote 1990)	0,57***
Demokratie-Autokratie-Indikator (Political Rights Skala 1991-2011)	-0,44***
R <sup>2</sup> (adjustiert)	0,89
N	130

Quellen: Abhängige Variable und Sozialleistungsquote 1990 (oder nächstverfügbares Jahr): ILO 2014, table B.12.  
 Unabhängige Variablen: Berechnet aus den Jahresberichten von Freedom House (Freedom in the World. The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties) für alle Jahre von 1991 bis 2011. Seniorenquoten: Population über 65 Jahre in Prozent der Bevölkerung, Quellen: World Bank. Averting the Old Age Crisis, Washington D.C. 1994, S. 343 ff.; Der Neue Fischer Weltalmanach 2015, Frankfurt a.M., 2104, S. 516-519.  
 Signifikanz: \*\*\* = 0,001, \*\* = 0,01, \* = 0,05.

#### 4. Schlussfolgerungen und Ausblick

Die wichtigsten Ergebnisse dieses Essays lassen sich in sechs Hauptbefunden zusammenfassen:

1. Die Sozialpolitik in Demokratien und Autokratien lässt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand mit einer Kombination von theorie- und empiriegestützten Narrativen beschreiben und plausibel erklären. Zu den erklärungskräftigen Theorien gehören die klassische funktionalistische soziökonomische Schule der Staatstätigkeitsforschung und ihre Verklammerung mit dem Politik-Erbe. Wichtig ist ferner die Demokratie-Autokratie-Differenz. In der Sozialpolitik tritt insgesamt – meist klarer als in anderen Politikfeldern – ein deutlicher Demokratievorteil zutage. Bei den sozialpolitischen Anstrengungen, bei der Reichweite und der Tiefe des Sozialschutzes sowie bei der sozialpolitischen Regulierung der Arbeitswelt übertreffen die Demokratien insgesamt die Autokratien um Längen.

2. Insoweit stützt die Sozialpolitik auf den ersten Blick die These vom „Demokratievorteil“. Allerdings muss die Demokratievorteil-These in zweierlei Hinsicht eingeschränkt werden. Besonders leistungsstark ist nur ein spezifischer Typ von Demokratien, nämlich die intakten oder nichtdefekten Demokratien, also die Gruppe der wohlhabenden, verfassungsstaatlichen Demokratien. Spürbar schlechter schneiden demgegenüber die defekten Demokratien ab. Sie werden sogar von einem Teil der Autokratien sozialpolitisch überholt.

3. Die Lehre vom Demokratievorteil muss auch in einer anderen Hinsicht eingeschränkt werden. Ein Teil des Demokratievorteils erweist sich in Wirklichkeit als ein Ergebnis von sozio-ökonomischen Bedingungen: Die meisten Demokratien sind erheblich wohlhabender als die meisten Autokratien und ihre Bevölkerung ist in der Regel erheblich älter als die der Autokratien. Beides, der höhere Wohlstand und die weiter fortgeschrittene Alterung der Bevölkerung, sind mächtige Schubkräfte für eine substantielle Sozialpolitik, die sich auch in relativ hohen Sozialausgaben niederschlägt. Mit den Schlüsselvariablen der sozio-ökonomischen Schule der Staatstätigkeitsforschung kann man im Übrigen auch einen Teil der in vielen Autokratien erstaunlich schwachen sozialpolitischen Performanz erklären. Diese Schwäche spiegelt in etlichen Fällen, wie in den erdölexportierenden Monarchien des Nahen und Mittleren Ostens, eine ausgesprochen junge Bevölkerung wider und einen geringeren Druck auf Alterssicherungs-, Pflegeversicherungs- und Krankenversicherungssysteme als in Staaten mit einer relativ alten Bevölkerung.

4. Der Vergleich von Autokratien und Demokratien deckt auch einen langen Schatten der autokratischen Sozialpolitik auf. Dessen Ursprung liegt nicht nur in der vordemokratischen Vorgeschichte der Sozialpolitik und in der frühen Sozialgesetzgebung in autokratisch oder semi-autokratisch regierten Staaten, unter

ihnen das Deutsche Reich von 1871. Der lange Schatten der autokratischen Sozialpolitik hat auch etwas mit den Strukturen des „kommunistischen Wohlfahrtsstaates“ zu tun und dessen Nachschwingeffekt in den postkommunistischen Staaten. Diese haben ihrem Politik-Erbe einen überdurchschnittlich hoch entwickelten Bestand an Sozialschutzmaßnahmen übernommen – im Bereich der sozialen Sicherung, nicht im Bereich der Arbeitswelt. Dort sind sie ähnlich diktatorisch wie die meisten anderen Autokratien.

5. Zu den unerwarteten Befunden des vorliegenden Essays gehört die Beobachtung, dass ausgerechnet die „elektoralen Autokratien“ (Schedler 2013) in den sozialpolitischen Leistungsprofilen ähnlich schwach wie die nicht-elektoralen Autokratien abschneiden – nicht nur im Vergleich zu den Demokratien, sondern auch im Vergleich zu den sozialpolitisch aktiveren postkommunistischen oder kommunistischen Ländern. Die zurückhaltende Sozialpolitik der elektoralen Autokratien – die hier allerdings nur aus dem Blickwinkel von Sozialausgaben und mit ihnen korrelierten Messlatten gemessen wurden – bedarf einer Erklärung. Diese liegt allerdings dem vorliegenden Daten- und Theoriestand nach zu urteilen nicht bei der Selektoratstheorie und offenbar auch nicht bei der politischen, ökonomischen und sozialen Logik von Rentierstaaten. Vorstellbar ist, dass man sich in den elektoralen Autokratien mit einer „Sozialpolitik mit andern Mitteln“ aushilft, beispielsweise mit Protektion durch Beschäftigung eines erheblichen Teils der einheimischen Bevölkerung im öffentlichen Sektor oder mit Bereitstellung von öffentlichen oder privaten Gütern, die nicht mit den Schemata der ILO-Sozialprogramme erfasst werden, wie Wohnungsbau, Mietpolitik, selektive regulative Politik und privilegierende Gestaltung von Eigentumsrechten.

6. Die These vom strukturellen Demokratievorteil in der Sozialpolitik ist demnach in mehrfacher Hinsicht zu präzisieren. Zu ihrem Kontext gehören andere mächtige Kräfte in der Gesellschaft und der Wirtschaft sowie die Weichen, die durch das Politik-Erbe gestellt sind. Zudem handelt es sich beim Demokratievorteil um einen potenziellen Vorteil. Verantwortlich für ihn sind die Basisstrukturen einer Demokratie, insbesondere die politischen Beteiligungschancen für alle, auch für die „Habenichtse“, sodann der parteipolitische Wettbewerb um Wählerstimmen, außerdem die Offenheit des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses für die Präferenzen großer Wählergruppen. Ob der potentielle Demokratievorteil allerdings genutzt wird, und wenn ja, in welchem Ausmaß, hängt wiederum von vielen anderen Bedingungen ab. In den defekten Demokratien wurde dieser potentielle Vorteil viel weniger genutzt, in den intakten Demokratien hingegen viel stärker.<sup>14</sup>

---

<sup>14</sup> Zu den Anlässen, Gründen und Regelmäßigkeiten dieser Nutzung siehe als Überblick Schmidt et al. 2007; Castles et al. 2010; Häusermann 2015.



## Literaturverzeichnis

- Alber, Jens 1982: vom Armenhaus zum Wohlfahrtsstaat. Analysen zur Entwicklung der Sozialversicherung in Westeuropa. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Backes, Uwe/Kailitz, Steffen (Hrsg.) 2014: Ideokratien im Vergleich. Legitimation – Kooptation – Repression. Göttingen. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2012. Transformation Index BTI 2012. Political Management in International Comparison. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) 2014. Transformation Index BTI 2014. Political Management in International Comparison. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Bouvier, Beatrix 2012. Der erschöpfte Versorgungsstaat: Das Scheitern der „Sozialistischen Sozialpolitik“ während der Ära Honecker in der DDR. In Schönhoven, Klaus/Mühlhausen, Walter (Hrsg.). Der Deutsche Sozialstaat im .20. Jahrhundert. Weimarer Republik, DDR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., 175–194 .
- Bueno de Mesquita, Bruce/Smith, Alastair/Siverson, Randolph M./Morrow, James D. Morrow 2003. The Logic of Political Survival. Cambridge, MA: MIT Press.
- Castles, Francis G. 1986. Whatever happened to the communist welfare state?, Studies in Comparative Communism 19 (2): 213–226.
- Castles, Francis G./Leibfried, Stephan/Lewis, Jane/Obinger, Herbert/Pierson, Christopher (Hrsg.) 2010. The Oxford Handbook of the Welfare State, Oxford: Oxford University Press.
- Croissant, Aurel/Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick/Wurster, Stefan (Hrsg.) 2014. Comparing Autocracies in the early Twenty-first Century. Vol. 2: The Performance and Persistence of Autocracies. London–New York: Routledge.
- Croissant, Aurel/Wurster, Stefan 2013. Performance and Persistence of Autocracies in Comparison: Introducing Issues and Perspectives. In Croissant, Aurel/Wurster, Stefan (Hrsg.), Contemporary Politics (Special Issue: The Performance and Persistence of Autocracies) 19 (1): 1–18.
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen 2014. Bericht über die menschliche Entwicklung 2014. Bonn: UNO-Verlag.
- Dümig, Katrin 2015. Politik und Arbeitsmarktpfanz. Eine quantitative Analyse von 21 etablierten OECD-Ländern. Baden-Baden: Nomos
- Gerschewski, Johannes 2013. The three pillars of stability: legitimation, repression, and co-optation in autocratic regimes. In Köllner/Kailitz (Hrsg.), Unpacking Autocracies, 13–38.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung/Bundesarchiv (Hrsg.) 2004. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 8: Deutsche Demokratische Republik 1949–1961. Im Zeichen des Aufbaus des Sozialismus. Bandherausgeber: Dierk Hoffmann, Michael Schwartz , Baden-Baden: Nomos.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales/Bundesarchiv (Hrsg.) 2006. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 9: Deutsche Demokratische Republik

- 1961–1971. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung.  
Bandherausgeber: Christoph Kleßmann. Baden-Baden: Nomos.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales/Bundesarchiv (Hrsg.) 2008. Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Band 10: Deutsche Demokratische Republik 1971–1989. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang.  
Bandherausgeber: Christoph Boyer, Klaus-Dietmar Henke, Peter Skyba. Baden-Baden: Nomos.
- Flora, Peter/Alber, Jens/Kohl, Jürgen 1977. Zur Entwicklung der westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten. *Politische Vierteljahresschrift* 18 (4): 707-772.
- Hachtmann, Rüdiger 1998. Arbeitsverfassung. In Hockerts (Hrsg.), *Drei Wege*, 27–54.
- Haggard, Stephan/Kaufmann, Robert R. 2008. *Development, democracy, and welfare states. Latin America, East Asia, and Eastern Europe*. Princeton NJ: Princeton University Press.
- Hague, Rod/Harrop, Martin 2013. *Comparative Government and Politics*, 9. Aufl.. Basingstoke: Palgrave MacMillan.
- Halperin, Morton/Siegele, Joe/Weinstein, Michael M. 2010. *The Democracy Advantage. How Democracy Promotes Prosperity and Peace*. New York: Routledge.
- Häusermann, Silja 2015. Sozialpolitik. In Wenzelburger, Georg/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.), *Handbuch Policy-Forschung*. Wiesbaden: Springer VS, 591–614.
- Hockerts, Hans Günter (Hrsg.) 1998. *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*. München: Oldenbourg.
- Huber, Evelyn/Stephens, John D. 2012. *Democracy and the Left. Social Policy and Inequality in Latin America*. Chicago: The University of Chicago Press.
- ILO (International Labour Office) 1976. *The Cost of Social Security. Eight International Inquiry: 1967–1971*. Genf: ILO.
- ILO 2011. *World Social Security Report 2010 – 2011*. Genf: ILO.
- ILO 2014. *World Social Protection Report 2014/15. Building economic recovery, inclusive development and social justice*. Genf: ILO.
- Inglot, Tomasz 2008. *Welfare States in East Central Europe, 1919–2004*. Cambridge.
- Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.) 2013. *Autokratien im Vergleich (Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 47)*. Baden-Baden: Nomos.
- Knutsen, Carl Hendrik/Rasmussen, Magnus 2014. *The Autocratic Welfare State: Resource distribution, credible commitments and political survival*, Universität Oslo: unveröffentlichtes Manuskript (Juni 2014).
- Köllner, Patrick/Kailitz, Steffen (Hrsg.) 2013. *Unpacking Autocracies: Explaining Similarity and Difference (Democratization 20, No. 1)*.
- Kornai, János 1986. *The Soft Budget Constraint*. *Kyklos* 39 (1): 3–30.
- Kuhnle, Stein/Sander, Anne 2010. *The Emergence of the Western Welfare State*. In Castles et al. (Hrsg.), *Handbook*, 61-80.
- Kuitto, Kati 2015. *Post-Communist Welfare States in European Context: Patterns of Welfare Policies in Central and Eastern Europe*. Helsinki: Finnish Centre for Pensions.
- Li, Bingquin. 2012: *Welfare state changes in China since 1949*. In Greve, Bent (Hrsg.), *The Routledge Handbook of the Welfare State*, London: Routledge, S. 222-231.

- Lohmann, Ulrich, 1996. Die Entwicklung des Sozialrechts in der DDR. Opladen: Leske+Budrich.
- Lueders, Hans/Croissant, Aurel 2014. Wahlen, Strategien autokratischer Herrschaftssicherung und das Überleben autokratischer Regierungen. Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 8 (3): 329–355.
- Linz, Juan J. 2000. Totalitäre und autoritäre Regime. Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Maddison, Angus 1995. Monitoring the World Economy 1820–1992. Paris: OECD.
- Maddison, Angus 2001. The World Economy. A Millennial Perspective. Paris: OECD.
- Maydell, Bernd Baron von/Boecken, Winfried/Heine, Wolfgang u.a. 1996. Die Umwandlung der Arbeits- und Sozialordnung. Opladen: Leske + Budrich.
- McGuire, James 2010. Wealth, Health, and Democracy in East Asia and Latin America. Cambridge: Cambridge University Press.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Eicher, Claudia/Thierry, Peter 2003. Defekte Demokratie. Band 1: Theorie. Opladen: Leske + Budrich.
- Merkel, Wolfgang/Puhle, Hans-Jürgen/Croissant, Aurel/Thierry, Peter 2006. Defekte Demokratie. Band 2: Regionalanalysen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Merkel, Wolfgang 2013. Vergleich politischer Systeme: Demokratien und Autokratie, Schmidt, Manfred G./Wolf, Frieder/Wurster, Stefan (Hrsg.) 2013: Studienbuch Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer VS, 207–236.
- Mesa-Lago, Carmelo 1978. Social Security in Latin América: Pressure groups, Stratification and Inequality. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
- Mesa-Lago, Carmelo 1985. El Desarrollo De la Seguridad Social en América Latina. Santiago.
- Norris, Pippa 2012. Making Democratic Governance Work. How Regimes Shape Prosperity, Welfare, and Peace. Cambridge: Cambridge University Press.
- Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe (Hg.) 2000. Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen. Frankfurt a.M.–New York: Campus.
- Obinger, Herbert/Obinger-Gindulis, Edith 2013. Does the Economy Matter? Zur Relevanz funktionalistischer Theorien in der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung. In Armingeon, Klaus (Hrsg.), Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt. Wiesbaden: Springer VS, 287–306.
- Obinger, Herbert/Wagschal, Uwe (Hrsg.) 2000. Der gezügelte Wohlfahrtsstaat. Sozialpolitik in reichen Industrienationen. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- OECD 2012. China in Focus: Lessons and challenges. Paris: OECD.
- Olson, Mancur 1993. Dictatorship, Democracy and Development. American Political Science Review 87 (3): 567–576.
- Palier, Bruno (Hrsg.) 2010. A Long Goodbye to Bismarck? The Politics of Welfare Reform in Continental Europe. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Puddington, Arch. 2012. The Freedom House Survey for 2011. The Year of the Arab Uprising. Journal of Democracy 23 (2): 74–88.
- Saxonberg, Steven 2014. Gendering Family Policies in Post-Communist Europe. Basingstoke: Palgrave MacMillan.

- Schedler, Andreas 2013. *The Politics of Uncertainty. Sustaining and Subverting Electoral Authoritarianism*. Oxford: Oxford University Press.
- Schmidt, Manfred G. 1989. Social policy in rich and poor countries: socio-economic trends and political-institutional determinants. *European Journal of Political Research* 17 (4): 641–659.
- Schmidt, Manfred G. 2004. *Sozialpolitik der DDR*. Opladen: Leske + Budrich.
- Schmidt, Manfred G. 2005. *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G. 2013. Staatstätigkeit in Demokratien und Autokratien. In Kailitz, Steffen/Köllner, Patrick (Hrsg.), *Autokratien im Vergleich (PVS Sonderheft 47)*. Baden-Baden: Nomos, 418–437.
- Schmidt, Manfred G./Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut/Siegel, Nico A. 2007. *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, Manfred G. 2016: Measuring democracy and autocracy. In Keman, Hans/Woldendorp, Japp (Hrsg.), *Handbook of Political Science Methods*, London: Routledge (forthcoming)
- Schmidt, Manfred G./Ritter, Gerhard A. 2013. *The Rise and Decline of a Socialist Welfare State. The German Democratic Republic 1949–1990 and German Unification 1989–1994*. Heidelberg–Berlin: Springer.
- Schroeder, Klaus 2013, 3. Aufl. *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR*. München: Bayrische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.
- Michael Stolleis. *Geschichte des Sozialrechts in Deutschland*. Stuttgart 2003.
- Stolleis, Michael 2013: *Origins of the German Welfare State. Social Policy in Germany to 1945*. Heidelberg–Berlin: Springer.
- Tálos, Emmerich 1981. *Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Tálos, Emmerich 2013. *Das austrofaschistische Herrschaftssystem. Österreich 1933–1938*. Wien–Berlin: LIT.
- von Beyme, Klaus 1975. *Ökonomie und Politik im Sozialismus. Ein Vergleich der Entwicklung in den sozialistischen Ländern*. München–Zürich: Piper.
- von Stein, Lorenz 1972. *Gesellschaft – Staat – Recht*, Hrsg. und eingel. von Ernst Forsthoff. Frankfurt a.M./Berlin/Wien: Propyläen.
- Wagner, Adolph 1911. Staat (in nationalökonomischer Hinsicht), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften* (3. überarbeitete Auflage), 7. Bd. Jena. Gustav Fischer, 727–739.
- Wahman, Michael/Teorell, Jan/Hadenius, Axel 2013. Authoritarian Regime Types Revisited: Updated Data in Comparative Perspective. *Contemporary Politics* 19 (1): 19–34.
- Wehler, Hans-Ulrich 2009. *Der Nationalsozialismus. Bewegung–Führerschaft–Verbrechen*. München: C.H.Beck.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1995. *Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges: 1849–1914*. München: C.H.Beck.
- Wilensky, Harold 1975. *The Welfare State and Equality*. Berkeley: University of California Press.

- Wurster, Stefan 2012. Sparen Demokratien leichter? Die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik von Demokratien und Autokratien im Vergleich. *der moderne staat* 5 (2): 269–290.
- Wurster, Stefan 2013. Comparing ecological sustainability in autocracies and democracies. *Contemporary Politics* 19 (1): 76–93.
- Wurster, Stefan/Auber, Benjamin/Metzler, Laura/Rohm, Christian 2015. Institutionelle Voraussetzungen nachhaltiger Politikgestaltung. *Zeitschrift für Politik* 62 (2): 177–196.